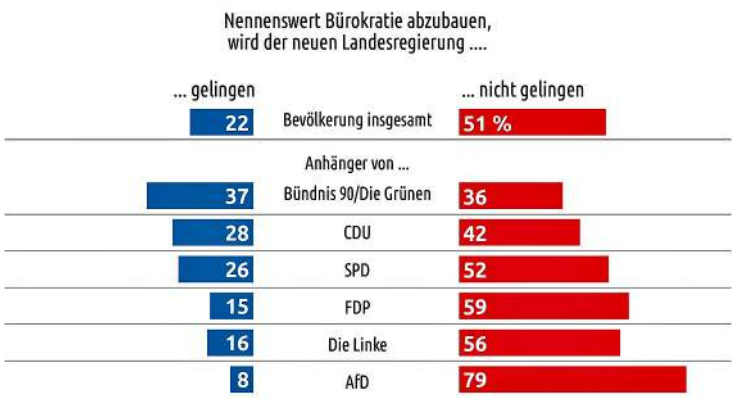


Was die Menschen in Baden-Württemberg jetzt von der grün-schwarzen Landesregierung erwarten

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Abbau von Bürokratie. Glauben Sie, dass es der neuen Landesregierung gelingen wird, nennenswert Bürokratie abzubauen, oder glauben Sie das nicht?



An weniger Bürokratie glauben nicht mal die eigenen Anhänger

Bürokratieabbau ist für Grün-Schwarz ein vor-dringliches Thema. Die Wirtschaft fordert weniger Vorschriften und Pflichten, die Kommunen ebenso. Im Koalitionsvertrag steht das Thema unter dem Stichwort „Staatsmodernisierung“ ganz vorn: „Für einen modernen, digitalen und bürgernahen Staat“ wollen sich die Regierungspartner einsetzen, so das Versprechen. Allein: So richtig mag nur eine Minderheit daran glauben, dass hier wirklich etwas vorwärts geht. Nur 22 Prozent glauben, dass es Grün-Schwarz gelingen wird, nennenswert Bürokratie abzubauen. Gut jeder Zweite hält dies für wenig glaubhaft.

Selbst unter den Anhängern der Regierungsparteien ist die Zuversicht sehr gebremst: 37 Prozent der Anhänger der Grünen und nur 28 Prozent der CDU-Anhänger sind überzeugt, dass die neue Landesregierung ihr Vorhaben, Bürokratie abzubauen, wird umsetzen können, 36 beziehungsweise 42 Prozent von ihnen glauben das nicht. Noch skeptischer sind naturgemäß die Anhänger der Oppositionsparteien. 52 Prozent der SPD-Anhänger, 56 Prozent der Linken-Anhänger, 59 Prozent der FDP-Anhänger und 79 Prozent der AfD-Anhänger, glauben nicht, dass die neue Landesregierung beim Bürokratieabbau vorwärtswkommt. (ume)

Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Landesregierung in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren kümmern sollte?



Wohnraum und Wirtschaft sind die dringendsten Sorgen

Was Grüne und CDU in Baden-Württemberg vorhaben, haben beide Parteien im Koalitionsvertrag vereinbart. In weiten Teilen decken sich die Schwerpunkte mit der Agenda der Bevölkerung. Aus Sicht der Baden-Württemberger sollte sich die neue Landesregierung vor allem darum kümmern, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, die Arbeitsplätze zu sichern, die Wirtschaft zu stärken und Bürokratie abzubauen. Viele Bürger sehen es zudem als zentrale Aufgaben der Regierung an, eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen, die Qualität der Schulen zu verbessern, für mehr innere Sicherheit und eine besse-

re Verkehrsinfrastruktur zu sorgen. Nur 30 Prozent fordern von der neuen Regierung, vor allem den Umwelt- und Klimaschutz zu fördern, 26 Prozent den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Diese Ziele haben deutlich an Bedeutung verloren. 2021 wünschten sich noch 51 Prozent mehr Umwelt- und Klimaschutz. Am Ende der Agenda steht neben der Kulturförderung der Abbau von Schulden: Nur 18 Prozent stufen den Abbau von Schulden derzeit als dringend ein. Die Bürger zeigen damit, dass ihnen die Bewältigung der vielen Herausforderungen wichtiger ist als die Sanierung des Staatshaushalts. (ume)

Von Ulrich Mendelin

RAVENSBURG – Grün-Schwarz, die Dritte. Zum dritten Mal in Folge sind Grüne und CDU eine Koalition in Baden-Württemberg eingegangen - und zum dritten Mal stellen die Grünen den Ministerpräsidenten, die CDU ist Juniorpartner. Und doch hat sich die politische Lage stark geändert im Vergleich zur Regierungsbildung 2021. Nicht nur, weil die Grünen unter Winfried Kretschmann damals mit mehr als acht Prozentpunkten Abstand die CDU klar hinter sich gelassen hatten, während jetzt beide Parteien fast gleichauf liegen. Sondern vor allem, weil sich die politische Großwetterlage geändert hat. Die anhaltende Schwäche der Wirtschaft war das beherrschende Thema im Wahlkampf, insbesondere mit Blick auf die für den Südwesten wichtige Autoindustrie. Fragen von Klima und Umwelt, die vor fünf Jahren noch eine große Rolle gespielt hatten, traten dagegen in den Hinter-

grund. „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft“ - mit diesem Wahlkampf-motto hatte Grünen-Spitzenkandidat Cem Özdemir letztendlich knapp die Nase vorn. Sehr zum Verdruss der CDU, in der viele die Rückkehr in die Villa Reitzenstein, den Amtssitz des Ministerpräsidenten in Stuttgart, schon für eine ausgemachte Sache hielten. Nach einem harten Wahlkampf fanden beide Parteien dann doch wieder zueinander, auch aus Mangel an echten Alternativen. Und nun? Im aktuellen BaWü-Check, der repräsentativen Allensbach-Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen im Südwesten, wurden die Bürger nach ihren Erwartungen an die neue grün-schwarze Landesregierung befragt. Die Befragung stützt sich auf 1.006 Online-Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 16 Jahren. Die Interviews hat das Institut für Demoskopie Allensbach vom 16. bis 24. Juni 2026 geführt.

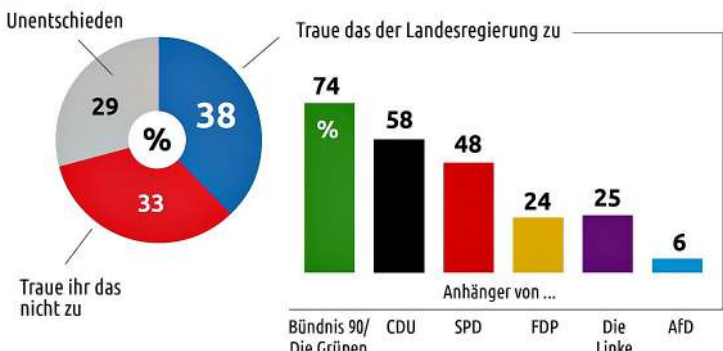
Die Umfrage der Tageszeitungen

Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollten die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, genauer wissen und arbeiteten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (Ifd) zusammen. Das Ifd befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen mehr als 1000 Men-

schen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das Ifd gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands, auf den Rat der Ifd-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück. Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Onlineportalen der Tageszeitungen.



Trauen Sie der neuen Landesregierung aus Grünen und CDU zu, dass sie in der Lage ist, die Zukunftsprobleme Baden-Württembergs anzugehen, oder trauen Sie ihr das nicht zu?



Begrenztes Vertrauen in Lösungskompetenz der Regierung

Die Baden-Württemberger haben zwar allerhand Erwartungen an die neue Landesregierung - gleichzeitig ist jedoch ihr Vertrauen in deren Kompetenz, Probleme zu lösen, eher begrenzt. Nur 38 Prozent der Bevölkerung trauen der Regierung aus Grünen und CDU zu, dass sie in der Lage ist, die Zukunftsprobleme Baden-Württembergs anzugehen. Jeder Dritte traut ihr das nicht zu. 29 Prozent zeigen sich unentschieden. Am größten ist das Vertrauen in die Regierung unter den Anhängern der Grünen. Von ihnen vertrauen 74 Prozent darauf, dass es die neue Landesregierung schaffen wird, die großen Herausforderungen des Landes an-

zugehen. Von den Anhängern der CDU sind es deutlich weniger, mit 58 Prozent aber immer noch mehr als die Hälfte. Unter den SPD-Anhängern liegt der Anteil bei 48 Prozent. Die Anhänger von Linken und FDP sind deutlich skeptischer. Sie trauen der Regierung von Cem Özdemir nur zu 25 beziehungsweise 24 Prozent zu, die anstehenden Probleme zu bewältigen. Am stärksten verbreitet sind die Zweifel allerdings unter den Anhängerinnen und Anhängern der AfD. Von ihnen trauen nur sechs Prozent der neuen Landesregierung zu, die Zukunftsprobleme Baden-Württembergs wirkungsvoll anzugehen. (ume)

Was meinen Sie: In welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg eher mehr Geld ausgeben, und in welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg eher sparen?

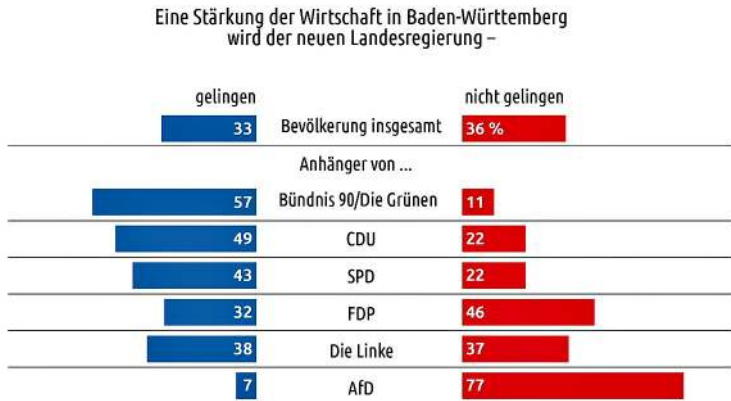


Beim Thema Sparen fällt den Bürgern nicht viel ein

Die angespannte finanzielle Lage des Landes und der Kommunen macht das Regieren für die neue grün-schwarze Landesregierung nicht einfacher. Zumal der Erwartungsdruck groß ist. Davon zeugen die Vorstellungen der Baden-Württemberger, in welchen Bereichen das Land sparen sollte und wo im Gegensatz dazu vermehrte Investitionen für notwendig gehalten werden. Die große Mehrheit benennt zahlreiche Bereiche, in die mehr investiert werden sollte, aber nur wenige, wo Einsparungen für möglich gehalten werden. So spricht sich die überwältigende Mehrheit der Bürger im Südwesten für höhere Investitionen in

Gesundheitseinrichtungen, die Ausstattung von Schulen, Kindergärten, den Wohnungsbau, die Ausstattung der Polizei sowie den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur aus. Zwei Drittel der Baden-Württemberger fordern außerdem auch mehr Investitionen in Wissenschaft und Forschung, in die finanzielle Hilfe für Kommunen, die Wirtschaftsförderung und den öffentlichen Nahverkehr. Dagegen gibt es nur zwei Bereiche, die einer Mehrheit der Bürger beim Stichwort Sparen einfallen. Erstens die Förderung von Kultureinrichtungen wie Theater und Museen und zweitens die Personalkosten der Landesverwaltung. (ume)

Einer der Schwerpunkte im Koalitionsvertrag von Grünen und CDU ist die Stärkung der Wirtschaft in Baden-Württemberg. Glauben Sie, dass es der neuen Landesregierung gelingen wird, die Wirtschaft in Baden-Württemberg zu stärken, oder glauben Sie das nicht?



Ausgerechnet bei der Wirtschaft bleiben die Bürger skeptisch

Die Stärkung der Wirtschaft ist zwar ein Kernthema des Koalitionsvertrags, aber nur jeder Dritte ist überzeugt, dass genau dies der neuen Landesregierung tatsächlich gelingen wird. 36 Prozent haben Zweifel. Erneut sind es die Anhänger der Regierungsparteien sowie der SPD, die der Regierung die Kompetenz zuschreiben, die Wirtschaft voranzubringen, während umgekehrt vor allem die Anhänger der AfD bezweifeln, dass dies der Regierung gelingen wird. Das skeptische Urteil ist allerdings keineswegs allein darauf zurückzuführen, dass die Bürger der Landesregierung wirtschaftspolitische Kompetenz ab-

sprechen. Der Mehrheit ist aber bewusst, dass der Einfluss, den eine Landesregierung auf die Wirtschaft hat, begrenzt ist. Das zeigt sich unter anderem in der Einschätzung, inwieweit die Landesregierung mit den richtigen Maßnahmen etwas gegen den Stellenabbau in der Autoindustrie unternehmen kann. Nur 22 Prozent sind überzeugt, dass die Landesregierung hier tatsächlich Einfluss nehmen kann, 55 Prozent halten die Landesregierung hingegen in dieser Frage für weitgehend machtlos. In dieser Ansicht sind sich - trotz einiger Unterschiede - die Anhänger aller Parteien tendenziell einig. (ume)